



# Münster Practice and Policy: Afrikafonds der Bundesregierung

Geld ist eigentlich nicht das Problem

*Ausgabe 2*

## Afrikafonds der Bundesregierung

### Geld ist eigentlich nicht das Problem

- Ende Oktober 2018 hat die Bundesregierung eine Mrd. Euro zusätzlich für (zunächst ausgewählte) afrikanische Staaten in Aussicht gestellt, um private Investitionen vor allem mittelständischer Unternehmen zu fördern. Gekoppelt wird die Förderung an sog. Reformpartnerschaften, die auf besseren Marktzugang und Rechtssicherheit abstellen.
- Investitionen und Arbeitsplätze könnten den Menschen vor allem in Subsahara-Afrika eine bessere Bleibeperspektive geben. Fraglich bleibt aber, ob es nicht wichtigere Hindernisse gibt als fehlendes Kapital.

Die Politik will Migrationsströme aus Afrika bremsen, indem den Menschen dort bessere Erwerbschancen geboten werden. Für Unternehmen zählt das schnell wachsende Marktpotential – bis 2050 wird sich die Bevölkerung Afrikas auf 2,5 Mrd. Menschen verdoppeln. Das ist gleichbedeutend mit einem hohen Bedarf an Investitionen in die Infrastruktur, den Wohnungsbau und die industrielle Produktion. Mit zusätzlich einer Mrd. Euro sollen besonders die Investitionen des deutschen Mittelstands in Afrika weiteren Schub bekommen. Aber ist eine gut gemeinte Politik schon gut?

Zu den Fakten: Die 55 Staaten des afrikanischen Kontinents spielen für die deutsche Exportwirtschaft eine nur sehr untergeordnete Rolle – gerade mal zwei Prozent des deutschen Exports geht in die Region (etwa 23 Mrd. Euro, Größenordnung von Ungarn). Knapp zwei Drittel aller deutschen Exporte entfallen dabei auf nur drei Länder: Südafrika, Ägypten und Algerien. Afrika liegt klar nicht im Fokus deutscher Unternehmen, schon gar nicht von Mittelständlern.

In der Regel beginnt ein mittelständisches Unternehmen seine Geschäftsbeziehungen nicht damit, gleich in Produktionsstätten zu investieren – die Erfahrung zeigt, dass dies erst ab einem Ausfuhranteil von drei bis fünf Prozent erwogen wird. Zunächst wird also exportiert, später dann in Service und Teilfertigung investiert. Wenn also Investitionen des Mittelstands auf breiter Front gefördert werden sollen, wird dies nicht gehen ohne einen vorherigen Anstieg der Exporte. Drei Gründe sprechen hier gegen eine rasche Wende.

(1) Ein Blick in die „doing business“-Daten der Weltbank offenbart, welche enormen Hindernisse für ein gedeihliches Wirtschaftsklima insbesondere in Subsahara-Afrika bestehen: Von den erfassten 190 Ländern schaffen es nur sechs aus der Region in die erste Hälfte des „better half club“. Die allermeisten Länder haben abschreckende Regulierungen bei z.B. der Gründung von Unterneh-

men, im grenzüberschreitenden Warenverkehr oder bei der Beschaffung von Elektrizität (zehn Unternehmensaktivitäten werden erfasst). Selbst Ghana, einer der Vorzeigeländer deutscher Entwicklungshilfe, schafft es in diesem Ranking nur auf Platz 114. Hinzu kommt, dass oftmals die komplementäre Bildung fehlt, um technisch anspruchsvolle Anlagen und Maschinen bedienen zu können. Zudem ist allgegenwärtige Korruption ein Dauerproblem.

(2) Der Trend läuft gegen deutsche Unternehmen: Der deutsche Lieferanteil an der afrikanischen Gesamteinfuhr ist seit 2010 um 0,4 Punkte gesunken auf jetzt 6,5 Prozent. Der chinesische Anteil legte von 7,2 auf 22,4 Prozent zu – China liegt, so der DIHK, inzwischen in 17 Wirtschaftszweigen vorn, Deutschland nur noch in drei (Arzneimittel, Medizintechnik, PKW). Insbesondere bei Großausschreibungen ziehen deutsche Unternehmen inzwischen meist den Kürzeren. Die Folge: es fehlen vor Ort die vertikalen Produktionsverflechtungen mit deutschen Konzernen, die anderenorts das Geschäft der Zulieferer beflügelt haben. In Afrika haben deutsche Unternehmen, gerade auch Mittelständler, kaum realistische Chancen, auf breiter Front mit chinesischen Anbietern bei Preisen und Finanzierungsbedingungen mithalten zu können. Umso mehr, wenn die Großen fehlen, die die Kleinen mitziehen.

(3) Der dritte Grund liegt in der Produktionsstruktur. Deutsche Mittelständler haben sich meist in Hochpreissegmenten mit anspruchsvollen Produkten spezialisiert – das gilt besonders augenfällig für den deutschen Maschinenbau. Sie spezialisieren sich auf den sog. intraindustriellen Handel, der überwiegend zwischen Ländern mit ähnlichem Einkommensniveau, aber unterschiedlichen Präferenzen stattfindet. Im Unterschied dazu gibt es den interindustriellen Handel, bei dem es auf komparative Kostenvorteile ankommt, der aber weniger als ein Drittel des deutschen Außenhandels ausmacht. D.h. entweder fehlt es für hochpreisige deutsche Technologieprodukte an Marktvolumen in Afrika, oder aber es gibt bei eher standardisierten Produkten ein schwer überwindbares Kostenproblem gegenüber asiatischen Anbietern.

Fazit: Zweifellos muss es ein Ziel bleiben, die Marktposition deutscher Unternehmen in Afrika zu stärken. Bei großen Infrastrukturprojekten wird dies aber häufig nur noch als „Juniorpartner“ chinesischer Anbieter gelingen. Wenn es um mittelständische Unternehmen geht, sind die Aussichten nicht so gut wie die Politik sie gerne haben möchte – das Produktportefeuille passt oft nicht zum lokal geforderten Preis-Leistungs-Verhältnis. Vor allem aber sind es die afrikanischen Staaten selbst, die bessere Wachstumsvoraussetzungen schaffen müssen. Neben Rechtsstaatlichkeit und Verwaltungseffizienz gehört dazu auch die Marktgröße, die durch regionale Freihandelszonen erweitert werden kann. Denn wenn man sich das Wirtschaftswunder Chinas anschaut, wird klar: Entwicklungshilfe war nicht die entscheidende Stellschraube.

Münster, den 29. Januar 2019

Westfälische Wilhelms-Universität Münster  
Wirtschaftswissenschaftliche Fakultät  
Universitätsstraße 14-16  
48143 Münster

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Bodo Risch

Honorary professor of the Faculty of Business Administration

Email: [dr\\_risch@yahoo.de](mailto:dr_risch@yahoo.de)

<http://www.wiwi.uni-muenster.de/mpp>

Der Inhalt des Textes repräsentiert die persönliche Meinung des Autors und stellt nicht zwingend den Standpunkt der Westfälischen Wilhelms-Universität beziehungsweise der ihr angehörenden Wissenschaftler dar.